

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pro Nummer 2 Pfennig
Erscheinungstag: 1. Juni 1917

Vorwärts

Berliner Volksblatt.
Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Interfons-Gebühr
Beträgt für die sechsgehaltene Anzeigen-
zeile oder deren Raum 60 Pf.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Donnerstag, den 7. Juni 1917.
Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.

Stockholm erwartet die Franzosen.
Die Engländer unterwegs.

Stockholm.

Die Erklärung des A- und S-Rats.

Petersburg, 6. Juni. Der Rat der Arbeiter und Soldaten-
abgeordneten erklärt in seiner Einladung zur Stockholmer
Konferenz, die in der Zeit vom 28. Juni bis 8. Juli statt-

Erfolge und Hoffnungen.

Stockholm, 6. Juni. (Eigener Drahtbericht des „Vor-
wärts“.)
Für die Verhandlungen mit der Vertretung der deutschen
Sozialdemokratie sind die Tage bis Freitag, vielleicht bis

Die tschechischen Separatisten Kemez, Smeral und
Sabermann erhielten durch Intervention des deutsch-österreichischen
Sozialdemokraten Zeig Wasse, sie werden Mitte Juni hier erwartet.
Das Internationale Bureau erlebte für das bestehende
Kriegsgefangene, deren Tätigkeit für die Stockholmer
Friedensarbeit wichtig sein kann, wertvolle Erleichterungen.
Es wurde eine erhebliche Besserung der Lage Dr. Otto Bauer's er-

Die Verhandlungen mit den Deutschen.

Stockholm, 6. Juni. Die Vorbesprechungen mit den deutschen
Sozialisten werden heute, Mittwoch, fortgesetzt. Es ist anzunehmen,
dass die Verhandlungen sich bis in die Mitte nächster Woche
hinziehen werden. Am Sonnabend treffen die Vertreter der deut-

Der holländische Sozialist Albarada, Mitglied des ständigen
Ausschusses, teilt dem Vertreter der „Telegraphen-Union“ mit, dass
die Vorbesprechungen zwischen den Abgeordneten der einzelnen
Kriegsgefangenen Länder, die gesondert stattfinden, heute schon die
Annahme zulassen, dass sich alle Differenzen zwischen der
internationalen Sozialdemokratie überbrücken lassen. Ribot

Für ein gerechtes Wahlrecht in Schweden.

Der schwedische Ministerpräsident beantwortete
am Dienstag die Interpellationen Brantings über die
Wahlreformen und des radikalen Sozialisten Benner-
ström über die Forderungen von Arbeiterreformen.
Er führte u. a. aus:
Als die Mitglieder der Regierung ihr Amt antraten, erwarteten
sie nicht, vor solche innerpolitische Fragen gestellt zu werden. Ihre
erste Aufgabe war, eine völlig unparteiische Neutralitätspolitik
durchzuführen und eine günstige Lösung der durch den Weltkrieg
erichwerten wirtschaftlichen Aufgaben herbeizuführen. Die Re-

pellationen. Große Schwierigkeiten stehen aber derartigen durch-
greifenden Reformen im Wege. Der Ministerpräsident hob weiter
heraus, dass Wahlen bevorstehen, durch die das Volk seine Stimme
über Verfassungsreformen abgeben könne. Sobald das Wahlergebnis
bekannt geworden sei, würde die Regierung dem König einen ent-
sprechenden Rat geben.
Diese ausweichende Rede befriedigte weder Sozialdemo-
kraten noch Liberale. Der schwedische Ministerpräsident hat
sicher recht, wenn er eine zielbewusste Politik der Neutralität
notwendig nennt. Aber er vergisst, dass die auswärtige
Politik einer Regierung um so fester und eindrucksvoller ist,
je mehr sie sich auf die Geschlossenheit einer in der Ver-
teidigung ihres Rechtes einmütigen Nation berufen kann.

Branting bedauerte, dass die Regierung eine große Tat ver-
säumt habe. Die Regierung des Jaren sei gestürzt worden. In
Lugern sei der Mann, der starken Widerstand dem allgemeinen
Stimmrecht entgegengelehrt habe, gestürzt worden, in England
habe das Unterhaus das Frauenstimmrecht angenommen. Branting
hob auch die Verfassungsänderungen in den Nachbarländern hervor.
Auch der Führer der liberalen Partei Eden gab der Ent-
täuschung seiner Freunde über die Antwort Ausdruck.

Während der Interpellationsberatung im Reichstag, in
dessen Nachbarschaft alle Eingangstüren abgeschlossen waren,
hatte sich eine große Volksmenge auf dem Gustav-Adolf-
Platz versammelt. Eine doppelte Reihe Soldaten und reitende
Polizei sollten Unordnung verhindern, was jedoch nicht ganz
geling. Steine wurden geworfen, die Polizei zog blank und
verwundete einige Personen.

Während der Unruhen vor dem Reichstagsgebäude auf
dem Gustav-Adolf-Platz begab sich Branting vom Reichstag
auf den Platz und forderte die Menge auf, ihn nach dem Ge-
werkschaftshause zu folgen, was auch geschah. Dort hielt er
vom Balkon des Gebäudes eine Ansprache an die Menge, in
der er die Antwort der Regierung kritisierte. Er ermahnte
die Menge, ruhig nach Hause zu gehen. Die Menge hielt
dann im Gewerkschaftshause eine Versammlung ab. In ihr
wurde beschlossen, das Sekretariat der gewerkschaftlichen
Landesorganisation aufzufordern, den Generalstreik zu
organisieren. Die Antwort wurde für Mittwoch
verlangt.

Bei der Fortsetzung der Debatte in der Zweiten Kammer be-
rührte Branting die Zusammenstöße zwischen der Polizei und der
Menge und erklärte, dass die Polizei eine unverant-
wortliche Haltung gezeigt habe, indem sie auf die Menge
eingeschlagen habe, die offensichtlich keine Ahnung hatte, dass sie
etwas Unrechtes getan habe. Möglicherweise seien Polizisten mit
Steinen betworfen, aber es sei unvernünftig, mit blanker Waffe auf
die Menge einzumachen. Er hoffe, dass die Regierung die Beschwerden
untersuchen und Übergriffe bestrafen werde. Der Ministerpräsident
erklärte, die Aufgabe der Polizei sei sehr schwierig, es sei auch
schwierig im Voraus darüber zu urteilen, wie die gegebenen Befehle
ausgeführt worden seien. Es sei besser, das Urteil zu verschieben,
bis die Untersuchung beendet sei.

Stockholm, 6. Juni. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.)
Die heutige Nummer des „Sozialdemokraten“ ist von Verichten
über die gefährlichen Vorfälle fast ganz angefüllt. Sie erhebt die
schwersten Angriffe gegen die Polizisten, die wie Kojaken
gehauert und die friedliche Menge überfallen hätten. In zahl-
reichen Momentphotographien zeigt das Wort Bilder von Ver-
haftungen und von betrienen Polizisten, die provozierend, teilweise
schwere Knüppel schwingend, gegen die Menge vorgehen.

Plechanow Iswolskis Nachfolger.

Stockholm, 6. Juni. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.)
Hier verlautet mit großer Bestimmtheit, dass der russische Vol-
kskämpfer in Paris, Iswolski, durch den nationalen Sozialisten
Plechanow ersetzt werden soll.

Dänische Ministerrede zum Frieden.

Kopenhagen, 6. Juni. (Rihau Meldung.) Minister
Christensen sprach heute bei der Feier des Konstitutions-
tages über die Arbeit für den Frieden und erklärte,
die Mächtig vor dem nationalen Recht würde vielen Schwie-
rigkeiten begegnen, und es sei nicht leicht abzusehen, wie weit
man kommen könnte. Der Gedanke, die Völker durch
Volksabstimmung selbst entscheiden zu
lassen, wenn sie zugehören wollten, stehe zurzeit im Vorder-
grunde, und es sei natürlich, dass Dänemark sich mit die-
sem Gedanken beschäftige, zumal im Hinblick auf den 8. 5
des Prager Friedens. Aber das deutsche Volk wisse,
dass es in Dänemark einen Nachbar habe, der unter keinen
Umständen ihm in den Rücken fallen werde. Was
wir in nationaler Hinsicht wünsch, schloß der Minister,
wollen wir nur auf dem Wege des Friedens und
der Verträglichkeit erreichen.

Unwahrhaftigkeit.

Die Deutsch-Konservativen Schlesiens haben am ver-
gangenen Sonntagabend in Breslau eine Delegiertenversammlung
abgehalten, die von dem Vorsitzenden, dem Erblandmarschall
Grafen von Seidlitz-Sandrezki mit einer recht bemerkens-
werten Rede eröffnet wurde. Der Herr Erblandmarschall
beteuerte zunächst den festen Willen der konservativen Partei,
Mitherbährtes nicht „im Schlamme der Demokratie“
verkommen zu lassen und beschäftigte sich sodann mit der
Stellung seiner Partei zur Monarchie. Darüber be-
richteten konservative Zeitungen folgendes:

Dann betonte Redner den monarchischen Charakter der
deutsch-konservativen Partei, an dem wir nicht rütteln lassen. Er
belegte das Unwahrhaftige jener Kritik, die die kon-
servative Meinungsverschiedenheit mit dem Reichskanzler auf
unser Treueverhältnis zu unserem Allerhöchsten Herrn und
König hinüberspielen wolle. Die Person unseres Königs
scheidet für uns aus der politischen Diskussion
vollkommen aus, andererseits werden wir uns aber jeder-
zeit das Recht der Kritik an der Politik des gerade im Amte be-
findlichen Staatsmannes vorbehalten.

Es wird nachgerade notwendig, in die Wahrhaftigkeit
dieses Einerseits-Andererseits etwas tiefer hineinzuleuchten.
In Deutschland wird, zum Unterschied von allen anderen
Ländern, der Chef der verantwortlichen Regierung ohne jede
Mitwirkung des Parlaments vom Staatsoberhaupt
ernannt. In anderen Ländern ist das Staatsoberhaupt
in der Wahl seines obersten Ratgebers durch geschriebenes
oder gewohnheitlich überkommenes Verfassungsrecht gebunden.
Er kann keinen Mann zum Ministerpräsidenten machen, noch
weniger ihn als solchen behalten, der das Vertrauen des
Parlaments nicht besitzt, er kann ebensowenig einen Minister-
präsidenten entlassen, der fest im Vertrauen des Volkes und
der Volksvertretung steht, denn sein Nachfolger würde ja
sodort durch ein Misstrauensvotum des Parlaments erledigt
werden.

In parlamentarisch regierten Ländern trägt also der
Monarch für die Regierungspolitik keinerlei Verant-
wortung, weder vor dem Parlament, noch vor dem Volk,
noch vor dem Urteil der Geschichte; er befindet sich voll-
ständig außerhalb der parteipolitischen Feuerzone. In Deutsch-
land dagegen ist seine Stellung außerhalb der Verantwort-
lichkeit weiter nichts als eine verfassungsmäßige Fiktion.
Dieser Unterschied wird sofort klar, wenn man sich ihn an
einem Beispiel vergegenwärtigt.

Vor dem Krieg war in England das Ministerium Asquith
und besonders dessen damaliger Schatzkanzler Lloyd
George der Gegenstand konservativer Angriffe, die jenen,
die jetzt von den deutschen Konservativen gegen Herrn v. Beth-
mann gerichtet werden, an Heftigkeit nichts nachgaben. Da-
mals erzählte man sich in London die artige Geschichte von
dem konservativen Lebensretter, der einen Mann aus der
Themse gezogen, aber ihn vorsichtshalber zunächst umgedreht
habe, um nachzusehen, ob es nicht zufälligerweise Lloyd
George sei. Die Stimmung war also ungefähr dieselbe, wie
sie sich in jenem deutschen Flugblatt äußerte, in dem der Wunsch
ausgesprochen war, Herrn v. Bethmann doch nur einmal „an
die Kehle springen“ zu dürfen.

Lloyd George war aber der Vertrauensmann der liberalen
Parlamentsmehrheit und jener liberalen Volksmehrheit, die
bei den Wahlen von 1910 liberale Abgeordnete ins Parla-
ment entsandt hatten. Hier lag die Ursache von Lloyd
Georges Ministerschaft, und die konservativen Angriffe rich-
teten sich in ihrer ideellen Verlängerung gegen die Massen
der englischen Wähler, denen der verhasste Mann seine
Stellung im Staate verdankte. Gätte man den englischen
Konservativen damals vorgeworfen, ihre Angriffe richteten sich
in letzter Linie gegen den König, so wäre das zweifellos eine
offenbare Unwahrhaftigkeit gewesen. Denn wenn
auch der König die Minister der Form nach ernennt, so weiß
doch jedermann, dass sie der Sache nach ihre Existenz dem
Volke verdanken, und dass es die Volksvertretung ist, die über
ihre Sein oder Nichtsein entscheidet.

Wie aber liegen die Dinge bei uns? Die Konservativen
behaupten — mit Recht oder Unrecht ist hier ganz gleich —,
dass das Reich vom Reichskanzler Bethmann Hollweg wäh-
rend des Krieges in geradezu unerhörter Weise misregiert
werde. Die innere und die äußere Politik sei so geleitet, dass
sie geradewegs „dem Abgrund“ entgegenstreibe. Der Mann,
der diese Politik treibt, ist aber vom Kaiser ernannt,
und zwar nicht bloß in formalrechtlichem Sinne ernannt,
wie das in parlamentarisch regierten Ländern der Fall ist,
sondern wirklich ernannt aus kaiserlichem Willen und aus
kaiserlicher Einsicht.













